Wittgensteiner Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe, der Aemter Wittgenstein, Banfe und Erndtebrück

Erscheint dreimal wöchentlich: Dienstag, Donnerstag und Samstag und kostet monatlich M. 15.— (ohne Bringerlohn) — Fernsprecher Nr. 1 —

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Anzeigen: 1 mm hoch, 43 mm breit M. 1.— Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit M. 4.— Girokonto Kreissparkasse Laasphe Nr. 89 — Postscheckkonto Cöln Nr. 404 49 —

Nummer 81 — Laasphe, Donnerstag den 13. Juli 1922 — 47. Jahrgang

Das Koalitionspendel.

♂ „Hie geiht he hen — da geiht he hen" so mußte mit Fritz Reuter der Unbefangene denken, als er plötzlich las, wie die lange schon erstrebte Koalitionsverbreiterung nun auf einmal nach rechts hin ausgebaut werden soll, während eben noch die U. S. P. Regierungspartei werden sollte. Aber auch „plötzliche" Entscheidungen pflegen ihre Vorgeschichte zu haben. Daß der breitere Unterbau für die nun schon über ein Jahr mit einer kurzen Scheinunterbrechung im Sattel sitzende Regierung wünschenswert, höchst wünschenswert ist, unterliegt keinem Zweifel. Es ist eine wenig beneidenswerte, unnütz Kräfte verbrauchende Lage, wenn bei jeder entscheidenden Abstimmung eine Regierung genötigt ist, in schwierigen, bei der Parteigliederung in Deutschland oft geradezu hoffnungslosen Verhandlungen ihre Mehrheit vorzubereiten, eine Mehrheit, die meist über den einen Sonderfall hinaus keinen Bestand zu haben pflegt.

Aus diesem Grunde haben seit Bestehen der Wirthregierung die Versuche, eine solche Verbreiterung der Regierungsbasis vorzunehmen, nicht aufgehört. Da dieses Bestreben unter der naheliegenden Flagge der Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte vor sich ging, pflegte die sogenannte „große Koalition", wie sie in Preußen besteht, das Ziel der Zusammenfassungsarbeit zu sein. Aus außen- wie innenpolitischen Gründen legt man Wert darauf, die Partei, die man als Vertreterin der deutschen Großwirtschaft ansieht, einer Regierungskoalition einzugliedern, die schon den arbeitnehmenden Bestandteil dieser Großwirtschaft in sich bezieht. In der Praxis stellten sich die Schwierigkeiten aber immer gerade dann als fast unüberwindbar heraus, wenn man sich schon am Ziele glaubte. Außenpolitisch besteht zwischen der Regierungspolitik und der volksparteilichen Kritik ein Gegensatz mehr grundsätzlich theorethischer als methodisch praktischer Art, der ein Zusammengehen auf Sicht unter beiderseitigen Kompromissen schon ermöglicht. Daß ein Kompromiß in wirtschaftlich-steuerpolitischer Hinsicht schwer aber doch nicht unmöglich ist, hat die Erfahrung der jüngstvergangenen Zeit gelehrt. Am schwerwiegendsten ist und bleibt immer noch die stimmungsmäßige Abneigung der Mehrheitssozialdemokratie, mit der „Stinnespartei" an einem Tisch zu sitzen. Gerade im Lande, der Wählerschaft gegenüber, pflegen Bedenken solcher Art am schwersten zu wiegen.

Zeiten politischer Nervenkrisen sind naturgemäß einer Entwicklung zur großen Koalition, die nur auf nüchtern verstandsmäßiger Grundlage zustandekommen kann, abträglich. Nach dem Erzbergermorde wie augenblicklich wieder pflegt der Gedanke einer „Einigung des Proletariats" aufzutauchen und sich, wie in vergangenen Tagen, parlamentarisch zu Verhandlungen mit der U. S. P. zwecks Einbeziehung in die Regierung zu verdichten. Die Realpolitik pflegt aber schnell solche Hirngespinste aufzulösen, die nur durch große Zugeständnisse und damit durch eine neue Spaltung der U. S. P. verwirklicht werden könnte. Die Fühlungnahme ist im vorliegenden Falle auf dem üblichen Wege vor sich gegangen. Die beiden schon lange nicht mehr betont feindlichen Bruderparteien haben sich verständigt, was durch einen Trennungsstrich gegen die Kommunisten hin erleichtert wurde. Vor dem Forum der bürgerlichen Koalitionsparteien gestalteten sich die Verbreiterungsverhandlungen schon erheblich schwieriger. Die Ausschußbehandlung des Schutzgesetzes ergab die Tendenz, diesem Gesetze alle unnötigen Einseitigkeiten zu nehmen, um ihm eine möglichst breite Basis auch nach rechts hin zu sichern. Was als „Ausnahmebestimmung gegen rechts" darin enthalten ist, soll möglichst, wie es ja auch der Verfassung entspricht, herausgenommen und auf den Verordnungsweg verwiesen werden. Die U. S. P. steht aber auf dem von ihrem Redner im Reichstage betonten Standpunkte: „Besser, die Republik lebt verfassungswidrig, als sie ist verfassungsmäßig tot!" Was das in die Praxis übertragen bedeutet, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Zu diesen innerpolitischen Schwierigkeiten, zu denen auch noch die Besorgnisse der bürgerlichen Koalitionsparteien ihren Wählern gegenüber hinzukommen, gesellt sich nun ein außenpolitisches Bedenken schwerwiegendster Art. Aeußerungen einflußreicher Engländer und Amerikaner deuten daraufhin, daß vom Standpunkte gesunder Wirtschaftspolitik und der Kreditfähigkeit des Reiches eine Linksentwicklung, im besonderen eine Einbeziehung der U. S. P. in die Regierung im maßgeblichen Auslande nicht gern gesehen wird. Diese Erkenntnis dürfte den letzten und stärksten Anstoß zu dem neuen Ausschlag des Koalitionspendels nach rechts hin gegeben haben. Ob allerdings im gegenwärtigen Augenblick, unter den Nachwirkungen des Rathenaumordes in den Massen, die Verwirklichung der großen Koalition möglich ist, wird in eingeweihten Kreisen stark bezweifelt. So wird möglicherweise einstweilen, unter Gestaltung des Schutzgesetzes in oben angedeuteter Form, die Koalitionserweiterung auf günstigere Zeiten verschoben werden müssen.

Kritische Situation.

Berlin, 10. Juli. Die innerpolitische Lage spitzt sich immer mehr zu. Wir hören aus parlamentarischen Kreisen, daß der Gedanke der Reichstagsauflösung im Reichstage viel erörtert wird. Die Sozialdemokraten verlangen, daß die Regierung unverzüglich zur Auflösung des Reichstages schreiten soll, wenn es nicht gelingt, die Koalition nach links zu erweitern. Die Demokraten und das Zentrum aber halten jetzt immer mehr an der Ansicht fest, die Deutsche Volkspartei in die Koalition aufzunehmen. In der Regierung selbst ist die Ansicht geteilt. Soweit die Regierungsmitglieder den bürgerlichen Parteien angehören, stehen sie auf Seiten der bürgerlichen Koalitionsparteien, während die Sozialdemokraten in der Regierung mit ihrer Partei übereinstimmen. Eine Lösung dieser Krise läßt sich bei dem augenblicklich verworrenen Stand nicht absehen.

Die Forderungen der U. S. P.

Berlin, 10. Juli. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, werden im Reichstage die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Unabhängigen fortgesetzt. In diesen Verhandlungen bezweckten die Sozialdemokraten die Unabhängigen zu bewegen, von einigen ihrer Forderungen abzulassen, so z. B. von der Forderung einer Diktatur des Proletariats und von ihrer Ablehnung einer Arbeitsgemeinschaft mit bürgerlichen Parteien. Die Verhandlungen erbrachten kein Ergebnis, da die Unabhängigen sich nach wie vor weigern, irgendwelche Konzessionen zu machen.

Keine große Koalition.

Berlin, 10. Juli. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer heutigen Sitzung, in keine Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam einzutreten.

Zum Schutze der Republik.

Interfrakttionelle Besprechungen.

Berlin, 10. Juli. Im Reichstag fanden heute in Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Wirth, des Reichsjustizministers Dr. Radbruch und des Reichsverkehrsministers Groener interfraktionelle Besprechungen statt, in welchen das Amnestiegesetz behandelt wurde, dessen 2. Lesung auf der Tagesordnung der heutigen Abendsitzung des Reichstages steht und das vorher im Rechtsausschuß beraten werden soll. Der Meinungsstreit dreht sich hauptsächlich um die Frage der Einbeziehung der beim letzten Eisenbahnerstreik führenden Beamten und Arbeiter in die Amnestie. Von sozialistischer Seite wird bekanntlich auf deren Amnestie Wert gelegt, während sie von den bürgerlichen Parteien nicht zugestanden wird. — Die Frage der Regierungsumbildung wurde am Vorwittag nur kurz gestreift. Die Sozialdemokratische Partei hielt Nachmittags eine Fraktionssitzung ab, in der in erster Linie die Regierungsumbildung Gegenstand der Beratungen war.

Adel im Bauernblut.

Roman aus Westfalen von Georg Heinrich Daub

53] Nachdruck verboten.

O dieser unglückselige Graf!

Nun fuhren täglich Dutzende von Frachtwagen zum Grafenschloß hinauf, wo in Bälde das junge Paar erwartet wurde, das von seiner Hochzeitsreise zurückkehrte. In diesen Frachtwagen befanden sich große, schwere Kisten, gefüllt mit modernen Möbelstücken neuesten Stils.

Was das den greisen Priester angeht? Nun — der junge Verwalter Brinkmann ist eben bei ihm gewesen und hat ihm sein Leid geklagt. Da hat der junge Herr in seiner Unkenntnis geschäftlicher Dinge kurz vor der Hochzeit in Berlin und Paris Bestellungen gemacht, die den Ruin des ganzen gräflichen Besitzstandes bedeuten können!

Kisten voll Teppichen, Möbelstücken, kostbarem Porzellan, modernen Ledertapeten, Gardinen, Polstern und tausend anderen Dingen werden in den Scheunen aufgestapelt; andere Kisten stehen in den Gängen halbentleert umher. Weitere Sendungen, für die der junge Verwalter keinen Rat weiß, kommen auf die Speicher des Schlosses und haben die beste Aussicht, dort lange zu stehen und zu verstauben.

O dieser unglückselige Graf!

Der greise Pfarrherr überlegt, was er tun soll. Ihm wirbelt der Kopf von all den tollen Einzelheiten, die ihm der Sohn des greisen Brinkmann erzählt hat. Welch ein Unverstand, die wertvollen alten Truhen, die kostbaren, geschnitzten Gerätschaften, die schweren, jahrhunderte alten eichenen Schränke zu veräußern, um dafür die Augenblicksware modernen Stils zu erstehen! Wie der Händler schmunzeln mag, der diese unbezahlbaren Stücke davonfährt! O — er wird sie aufspeichern und auf seinen Sohn vererben, damit dieser sie an einen zukünftigen Herrn von Uhlenhorst zum dreifachen Preise zurückverkauft! Oder — was noch schlimmer wäre — er wird einzelne Stücke an jüdische Parvenüs verhandeln, damit diese sie ihren Gästen zeigen und mit protzigem Lächeln sagen können: Die gehörten früher einem gewissen Grafen Uhlenhorst, drunten in Westfalen! —

Nicht ungeschickt ist er vorgegangen — der junge Herr! Er hat es seiner Mutter lange genug vorgeredet, daß sie endlich der Einladung ihrer Pensionsfreundin, einer in Schwaben verheirateten Gräfin, folgen und sich mit Hilda erholen solle, während er mit seiner jungen Gemahlin an der Riviera weile. Die Freifrau hatte sich gefreut über ihres Sohnes gutes Herz und war nach einigem Ueberlegen — es galt noch allerlei Toilettenstücke für Hilda und sich zu besorgen — gern abgereist.

Nun hausten die Händler im Grafenschlosse. Ohnmächtig und zornig sah der Verwalter zu. Nicht sofort: erst hatte er seinem Herrn in einem ehrfurchtsvoll gehaltenen ausführlichen Brief ernste Vorstellungen gemacht. Er möge die Bestellungen doch noch einmal durchsehen. Aber die Antwort lautete kurz und bündig: et bliwt, äs et was. Außerdem hatte der junge Verwalter noch längere Zeit zu würgen an einer Wendung, wo der junge Herr von „querköpfigen, veralteten Ansichten" gesprochen.

Grollenden Herzens harrte Thedo Brinkmann auf seines Herrn Rückkehr. Warum hatte er doch damals dem Zureden seines Vaters nachgegeben und war nicht sein eigener Herr geworden? Aber jetzt war er fest entschlossen, das Verhältnis aufzulösen. Er wollte nicht wie des Grafen Stiefelputzer behandelt sein . . .

Kopfschüttelnd überdachte der Priester die Situation. Graf Harald rannte ja geradezu in sein Verderben.

„Möhne!"

„Här Pastauer, wat sall't sien?"

Drükemöhne war auch schon recht bejahrt, und es dauerte geraume Zeit, ehe sie herangehumpelt kam. Sich die greisen Haare unters Häubchen zurückstreifend, fragte sie nochmals: „Wat sall't sien, Här Pastauer?"

Doch der Priester hatte in Gedanken schon wieder an viele andere Dinge gedacht.

„Was sall't sien? Jo — was was 't denn doch? Richtig, Möhne: ek mot doch es no 'm ollen Brinkmann röwer!"

„Jt 't em nich guett?"

„Doch — ick weit 't nich anners. Owwer ick will em es besäuken. Hal't mi es minen Haut un Stock."

*

Eine halbe Stunde später saßen Volkenhoff und sein alter Freund Brinkmann auf der Ofenbank in Brinkmanns Hause. Letzterer sah starr vor sich hin, als ob er dem Sohne nachschauen wolle, der eben ärgerlich polternd zur Tür hinausgeschritten war. Volkenhoff, die zitternde Hand am Wanderstock, den er zwischen den Knien hielt, nickte leise mit dem Kopfe und sah dann ratlos auf den Dielenboden nieder.

Man mochte des Für und Wider des unerquicklichen Gegenstandes schon oft durchgesprochen haben; denn eine geraume Zeit schwiegen beide Greise still. Dann sagte der silberhaarige Brinkmann:

„Kommt met, Här Pastauer — no einmol welk 't mi ansehn!"

Das zottige Moos hing noch über die Mauerkronen herab, wie in jener Nacht, da Thedo Starke voll schwerer Gedanken denselben Weg von Brinkmann zum Grafenschloß hinabstieg. Vorsichtiger wie er schritten jetzt die ehrwürdigen Männer dahin, auch in nicht weniger tiefem Sinnen.

An der Pforte, die den Schloßhof abschloß, standen sie still. Mit beiden Händen hielt sich der greise Verwalter an einem Zaunstaken fest. Vor ihm lag ein herrliches Gut, ein Erbe, um das den jungen Grafen Tausende seinesgleichen beneidet hätten. Es wäre ein leichtes gewesen, durch weise Sparsamkeit eine Gesundung der zerrütteten Verhältnisse herbeizuführen. Wenn nur etwas guter Wille dagewesen wäre — Thedo Brinkmann, sein Sohn, hätte mit Freuden alle Kraft seiner rüstigen Männlichkeit darangesetzt.

„Ach", dachte er bei sich, „es mag doch wohl nicht vergebens sein! Der Pastor wird noch einmal an die Gräfin schreiben. Vielleicht, daß ihre Ermahnungen mehr bei Harald ausrichten als Thedos Vorstellungen und meine Bitten vermochten."

(Fortsetzung folgt.)

Beratung des Gesetzes im Rechtsausschuß.

Berlin, 10. Juli. Am Sonntag nachmittag trat der Rechtsausschuß des Reichstages zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes zum Schutz der Republik zusammen. Der Paragraph, der Geistliche in Ausübung der Seelsorge von den Strafbestimmungen freiläßt, wurde dahin erweitert, daß auch Verwandte auf- und absteigender Linie und Ehegatten nicht betroffen werden sollen, wenn sie sich nach Kräften bemüht haben, den Täter von der Tat abzuhalten. Im wesentlichen wurde die Fassung der ersten Lesung angenommen.

Hierauf wandte sich der Rechtsausschuß den gesetzlichen Bestimmungen über den

Staatsgerichtshof

zu, die in Teil II des Gesetzes enthalten sind. Dazu lagen verschiedene Anträge vor, über die sich eine lebhafte Diskussion entspann. In der Abstimmung wurde ein Antrag der Linken angenommen, wonach der Staatsgerichtshof sich aus zwei Mitgliedern des Reichsgericht und aus 5 Laienrichtern zusammensetzt. Damit ist also die Zweidrittelmehrheit der Laienrichter bei der Urteilsbildung gewährleistet. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß die Berufsrichter im Staatsgerichtshof nicht auch Reichsgerichtsräte zu sein brauchen, sondern es müssen vom Vorsitzenden abgesehen auch andere festangestellte organisierte Richter ernannt werden können. Außerdem wurde die Vorlage der ersten Lesung dahin geändert, daß die Anklagebehörde die Reichsanwaltschaft sein soll, nicht jedoch ein vom Reichsjustizminister zu ernennender Kommissar. Angenommen ist ferner ein Antrag des Abg. Wissel (Soz.), wonach derjenige der von dem Vorhandensein verborgener Waffen Kenntnis hat, und eine Anzeige an die Behörden unverzüglich unterläßt, sich strafbar macht. Ferner wurde ein Antrag des Abgeordneten Dr. Levi angenommen, der derjenigen unter Strafe stellt, der sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen. Im übrigen wurden die Paragraphen nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Zu § 14 beantragte der Abgeordnete Dr. Bell (Z.) u. Abg. Schücking (Dem.) den Paragraphen so zu fassen, daß die Mitglieder vormaliger landesherrlicher Familien, dann, wenn sie ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland haben, daß Betreten des Reichsgebietes untersagt, oder auf bestimmte Teile beschränkt werden kann, da die Besorgnis gerechtfertigt ist, daß sonst die Sicherheit der Republik gefährdet wird. Dieser Antrag des Zentrums und der Demokraten fand Annahme. Nach Abänderung des § 16a wurde die zweite Lesung des Gesetzentwurfes beendet und der Ausschuß vertagte sich am späten Abend.

Bayerns eigene Wege.

Berlin, 10. Juli. Die bayrische Regierung hat durch einen geheimen Erlaß, der von Minister Schweyer unterzeichnet ist, angeordnet, daß die Bestimmungen der Ausnahmeverordnung in Bayern nicht beachtet werden. Man hegte beim Auftreten dieser Meldung in Berliner Keisen die Erwartung, daß sie sich nicht bestätigen werde. Jetzt hören wir, daß tatsächlich ein solcher Geheimerlaß vorliegen soll, der den Justizminister veranlaßt hat, die Regierung zu ersuchen, sich mit diesem Fall zu beschäftigen und mit Bayern in Verhandlungen einzutreten. Man wird aber gut tun, diese ganze Angelegenheit mit Mißtrauen aufzunehmen, wenn es auch kein Geheimnis mehr ist, daß Bayern seine eigenen Wege geht.

Der Sturz der Mark.

Von Moratorium zu Moratorium.

Paris, 10. Juli. In hiesigen politischen und Finanzkreisen hält man es für sicher, daß dem deutschen Verlangen nach einem Zahlungsaufschub stattgegeben wird, da andernfalls der Bankerott nicht verhindert werden könne. — „Daily Mail" erklärt, daß es die Absicht der französischen Regierung sei, für die Gewährung eines zweijährigen Zahlungsaufschubes scharfe Maßnahmen zur finanziellen Ueberwachung Deutschlands zu verlangen.

Pessimismus in Paris.

London, 10. Juli. Der Pariser Korrespondent der „Times" schreibt, noch nie habe ich eine so pessimistische Stimmung in den höchsten französischen Finanzkreisen gefunden wie jetzt, da man den Bankerott Oesterreichs erwartet und ferner der katastrophale Sturz der Mark nicht nur ein Moratorium für ein Jahr, sondern auch Maßnahmen zur Verhinderung des vollständigen Zusammenbruchs der deutschen Mark notwendig mache. Wenn auch die Finanzpolitik Deutschlands scharf kritisiert werden soll, sei doch bemerkenswert, daß niemand nach Strafmaßnahmen suche. Augenblicklich sei die Stimmung so, daß man auf Strafmaßnahmen verzichte und andere Hilfsmittel suche.

London, 10. Juli. Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post" erklärt, er höre von zuverlässiger Seite, ein Eingreifen der amerikanischen Regierung anläßlich der deutschen Krise sei unmöglich. Der einzig mögliche Schritt sei der eines privaten Beistehens. Hierbei sei zu bedenken, daß Morgan nach Paris gekommen sei, um an einem solchen Plan mitzuarbeiten, daß dieser Plan aber erfolglos geblieben sei, da die Hilfsquelle, die die unentbehrliche Sicherheit für einen ausländischen Kredit bieten müsse, bereits verwendet sei.

Deutsches Volk, – vergiß es nicht!

Aus der Rede Lloyd Georges vom 3. März 1921:

„Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig."

Englische Stimmen.

London, 10. Juli. „Westminster Gazette" bemerkt: Wir stehen jetzt vor der Möglichkeit, da Deutschland bei seinem wirtschaftlichen Zusammenbruch die Alliierten des Kontinents mit sich reißen wird. Wir können dieser Möglichkeit gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Frankreichs Freunde, die es in seinem eigenen Interesse immer aufgefordert haben einer Verminderung der Reparationszahlungen zustimmen, sehen ihre schlimmste Befürchtung herannahen. Schließlich sind aber die interalliierten Schulden der entscheidende Faktor und so bleibt die Hoffnung, daß der Besuch der Kommission Parmentier in den Vereinigten Staaten die Lösung des großen Problems bringen wird.

London, 10. Juli. Der „Daily Telegraph" berichtet: Die Weigerung des Anleihekomitees, Deutschland eine Außenanleihe zu gewähren, ist die Hauptursache der gegenwärtigen Krise in Deutschland. Dieses Komitee sollte sich im Herbst dieses Jahres von neuem versammeln, aber mit Rücksicht auf die gegenwärtige deutsche Krise könnten die Alliierten verlangen, daß das Komitee sofort wieder zusammentriti. Die Alliierten könnten dem Komitee Vollmachten erteilen, um Vorschläge über die Lösung der Reparationsfrage zu machen.

London, 10. Juli. Der „Observer" sagt, der Zusammenbruch der Mark sei plötzlich erfolgt, daß die Banken es vielleicht ablehnen werden, sich überhaupt mit deutschen Zahlungsmitteln zu befassen. Die Entwertung der Mark ist allerdings nicht Deutschland, sondern seinen Gläubigern zuzuschreiben. Das Reparationsproblem darf nicht länger unerledigt bleiben.

Folgen der Markkatastrophe.

London, 10. Juli. (Havas.) Laut „Daily Mail" bestehen die großen Londoner Banken, die sich mit internationalen Geldgeschäften befassen, lebhaft beim Foreign Office darauf, daß die englische Regierung ohne Verzug Maßnahmen treffe, die eine Hilfe für Deutschland ermöglichen. Man verlange, daß die von Deutschland am 15. Juli zu leistende Zahlung aufgeschoben werde und neue Anstrengungen gemacht würden, eine internationale Anleihe zugunsten Deutschlands am Weltmarkt aufzulegen. Inzwischen tauschten die Kabinette von London, Paris, Washington und Berlin sehr rege Noten aus. Man sei der Ansicht, daß das englische Kabinett in seiner morgigen Sitzung sehr bedeutsame Beschlüsse fassen werde. — „Daily Expreß" schlägt eine Revision des Versailler Vertrages und den Abschluß eines neuen Vertrages vor, der die französischen und englischen Finanzinteressen in Uebereinstimmung bringe; dieser könne beiden genügen, könne zwar Deutschland nicht zufriedenstellen, werde ihm aber das Leben gestatten. — Die „Times" spricht noch immer von einem Manöver einer Gruppe deutscher Finanzleute und Industrieller, die Deutschlands überragenden Einfluß auf dem Weltmarkt durch Markentwertung und gleichzeitige Aenderung der Reparationsbestimmungen sichern möchten. Im übrigen aber weisen alle Blätter auf den Ernst der finanziellen Lage Deutschlands hin und erwarten von dem morgen stattfindenden Ministerrat bedeutsame Entschlüsse nach diesen Richtung.

Oberschlesiens Uebergabe beendet

Aus Oberschlesien wird gemeldet: In Oppeln fand am Montag der Einzug der Reichswehr statt. Damit ist die Räumung Oberschlesiens beendet. Vertreter der Reichsregierung und der preußischen Regierung haben sich zur offiziellen Begrüßungsfeier der wiedergewonnenen Landesteile nach Oppeln begeben.

Der Gruß des Reichspräsidenten.

Berlin, 10. Juli. Der Reichspräsident hat anläßlich der Uebergabe der deutschbleibenden Teile Oberschlesiens an die deutschen Behörden folgendes Telegramm an den Oberpräsidenten Bitter in Oppeln gerichtet:

Freudenstadt, 10. Juli. Am Tage der Befreiung der uns verbliebenen Teile Oberschlesiens sende ich dem schwergeprüften Lande meine Grüße und Wünsche. Unauslöschlicher Dank gebührt der treudeutschen Bevölkerung, die allen Verlockungen und Bedrohungen zum Trotz ihr mannhaftes Bekenntnis zum Vaterland ablegte. Mit tiefer Trauer gedenke ich der entrissenen Landesteile und ihrer Bewohner. Wir werden ihnen die Treue halten und mit ihnen gemeinsam den Schmerz über das erduldete Unrecht tragen. Die wirtschaftlichen Wunden, die die Zerrissenheit dem Lande geschlagen, muß deutscher Fleiß und deutsche Hilfsbereitschaft zu heilen versuchen.

Ebert, Reichspräsident.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Berlin, 10. Juli. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, finden augenblicklich in Warschau Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der polnischen Regierung statt. Deutscherseits werden diese Verhandlungen von Legationsrat v. Stockhammer und dem Dezernenten der polnischen Abteilung im Auswärtigen Amte geführt. Die Verhandlungen beschäftigen sich zunächst mit dem Schutz der Minderheiten, der Ablösung der Domänenrechte und werden sodann auf das geplante neue deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen ausgedehnt. Auch über die Aufhebung der Handelssperre nach Polen werden Verhandlungen geführt werden.

Die Haager Konferenz.

Schwierigkeiten.

Haag, 10. Juli. In französischen Kreisen, aber auch in anderen wird gesagt, daß die Unterhandlungen der Haager Konferenz auf einen toten Punkt angelangt sind. So weit ist es freilich noch nicht gekommen, aber es steht fest, daß man immer wieder auf dieselben Schwierigkeiten stößt und sich dauernd im Kreise dreht. Die Russen stellen immer wieder das Verlangen nach Krediten und die übrigen Delegierten nach Garantien. Die nichtrussischen Delegierten bieten aber keine Kredite an, deshalb wollen die Russen ebenso keine Garantien geben. Die Besprechungen in den Kommissionen drehen sich aber immer wieder um die Garantien. Immer wieder hört man hier, daß das russische Probebudget nicht stimmt, so daß z. B. die Einnahmen und die Ausgaben aus den nationalistischen Betrieben sich nicht in dem Probebudget vorfinden. Da diese Betriebe einen großen Fehlbetrag aufweisen, ist natürlich der Fehlbetrag des ganzen Budgets viel größer als es in dem Entwurf zum Vorschein kommt. Auch sind in dem Budget die Ausgaben zur Bekämpfung der Hungersnot nicht enthalten. Ueberhaupt scheint das ganze Probebudget der Russen auf rein phantastischen Annahmen zu beruhen, mit den übrigen Mitteilungen der Russen ist es nicht besser; sie sind sehr unvollständig. Da die Russen nicht wissen, welche Betriebe fremden Eigentümern und welche russischen Eigentümern gehören, hat man hier den Eindruck, daß die Sowjetregierung die Verhältnisse in ihrem Lande nicht kennt. Alles zusammengenommen ist man hier sehr pessimistisch, zumal die Konferenz eine Anleihe für Deutschland für wichtiger hält, als eine solche für Rußland.

Das Arbeitsnachweisgesetz.

Im Reichstag ist dieser Tage das vielumstrittene Arbeitsnachweisgesetz beraten worden. Wenn auch tatsächlich einige unmögliche Bestimmungen im Ausschuß gefallen sind, so bleibt das ganze Gesetz immer noch ein Wagnis. Zunächst schafft es einen großen Beamtenapparat, der an sich schon den gesamten Arbeitsvermittlungsprozeß mit unwirtschaftlichen Aufwendungen belastet. Was wesentlicher ist, diese Zentralisation muß auch weiter zur Mechanisierung der Wirtschaft besonders des Arbeitsverhältnisses führen. Weiter kommt in Betracht, daß es künftig unmöglich sein wird, hervorragend geeignete Arbeitskräfte für besondere Höchstleistungen auszuwählen. Die Gefahr besteht, daß jede Nachfrage karthotekmäßig bearbeitet und erledigt wird, da die Angestellten der Arbeitsnachweisämter kaum dazu in der Lage und befähigt sein dürften, Abstufungen und Einschätzungen vorzunehmen. Wichtiger als ein Arbeitsnachweisgesetz wäre ein Arbeitsbeschaffungsamt gewesen. Das Arbeitsnachweisgesetz bedeckt in der Ausführung Deutschland mit einem dichtmaschigen Netz von Nachweisämtern. Daß sich auf diesem Gebiet bisher erhebliche Mängel gezeigt haben, läßt sich umsoweniger sagen, als der Nachweis in der Hauptsache nach Berufsgruppen organisiert war. Dadurch war ein Ausleseprozeß schon an sich gegeben, während dieser in der Zukunft unter der Wirkung des Arbeitsnachweisgesetzes im bürokratischen Apparat vollständig verschwindet und verschwinden muß. Das Gesetz sagt nichts darüber, was zu geschehen hat, wenn in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die Nachfrage größer ist als das Angebot. Aber gerade dann hätten die Nachweisämter eine Aufgabe zu erfüllen, wozu indessen mehr gehört, als nur die Einrichtung von Verwaltungsstellen. Nun sollen die nichtgewerbsmäßigen Vermittlungsämter zwar bestehen bleiben, da sie aber der Aufsicht der Landesämter oder des Reichsamtes unterworfen sind, können sie für ihre Sonderaufgabe, die nach Berufen gegliederte Vermittlung, so gutwie nichts mehr leisten. Für die Arbeitnehmer ist diese Lösung, das wird die Erfahrung zeigen, ebensowenig zweckmäßig wie für die Arbeitgeber. Die Nachfrage wird für absehbare Zeit immer größer sein als das Angebot. Diese Mehrnachfrage unterzubringen, für sie neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, dafür waren eher Einrichtungen notwendig, als für das rein äußerliche Verfahren der einfachen Vermittlung. Wie weit auch parteipolitische Einflüsse diese Vermittlungen erschweren und behindern können, ist hier nicht zu untersuchen.

Politische Rundschau.

Die Zwangsanleihe.

Berlin, 10. Juli. Der Steuerausschuß des Reichstages trat heute in die dritte Lesung des Gesetzes über die Zwangsanleihe ein. Die Verzinsung wurde unter Ablehnung einer Reihe Abänderungsanträge in der Fassung erster Lesung angenommen. Zu § 6 (Zwangspflichtige Personen) beantragte Abg. Dr. Fischer (Dem.) eine Berücksichtigung der Aktiengesellschaften zur Vermeidung von Doppelbesteuerung. Ministerialrat Zarden und die Vertreter der sozialistischen Parteien wandten sich in längeren Ausführungen gegen diesen Antrag. In der Abstimmung fand der Antrag jedoch Annahme. Bezüglich der juristischen Personen wurde unter Ablehnung verschiedener Abänderungsanträge der Satz der Hälfte beibehalten. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über die Frage der erhöhten Zahlungspflicht derjenigen, die bis zum 28. Februar 1923 überhaupt keine Zwangsanleihe eingezahlt hätten. Die Regierungsvorlage sieht hierfür einen erhöhten Zuschlag von 60 Prozent vor, während Anträge der Rechten und der Linken einen Fortfall beziehungsweise Erhöhung des Zuschlags wünschen. Die Abstimmung darüber soll in der nächsten Sitzung stattfinden.

Eine Entschließung der Deutschen Volkspartei.

In Berlin tagte am Sonntag der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei. In einer von sämtlichen Reichstagswahlkreisen, wie auch von den Abgeordneten des Reichstages und des Landtages stark besuchten Sitzung wurde nach einem mit stürmischen Beifall aufgenommenen Referat des Abg. Dr. Stresemann vom Reichsausschuß einstimmig folgende Entschließung zur politischen Lage angenommen: Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei erhebt energisch Protest gegen die Verpestung unseres öffentlichen Lebens durch Mordorganisationen und durch Aufreizung der Mordinstinkte. Die schweren Maßnahmen gegen solche Agitation und Organisationen finden unsere Zustimmung. Der Streit um die Frage der Staatsform hat in der schweren Not unseres Vaterlandes zu schweigen. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist. Deshalb stimmen wir zum Schutze dieser Verfassung zu, an dem Gesetz zum Schutze der Republik mitzuwirken. Wir sind mit der Annahme des Gesetzes einverstanden, das in diesem Charakter als einseitiges Ausnahmegesetz genannt wird.

Von der Regierung verlangen wir Wiederaufrichtung der Staatsautorität und erheben den schärfsten Einspruch gegen die unerhörten Ausschreitungen bei den letzten Demonstrationen. Wir verwahren uns gegen jede Schmähung der Vergangenheit und unserer vaterländischen Geschichte. Wir wollen die Reichsflagge gegen Verächtlichmachung und Beschimpfung geschützt wissen. Aber wir wenden uns ebenso gegen die Beschimpfung der schwarz-weiß-roten Fahne, die uns nicht Farben einer Partei, sondern Symbol der nach geschichtlichen Kämpfen errungenen deutschen Einigkeit ist. Im Interesse der so notwendigen Einigkeit wenden wir uns auch gegen die Verhetzung durch rechtsradikale Elemente mit rücksichtsloser Schärfe. Unsere Parteifreunde fordern uns auf, im Sinne dieser Richtlinien die Politik zu führen und zu unterstützen.

Die Reichspräsidentenwahl.

Wir hören von parlamentarischer Seite, daß der Reichskanzler Dr. Wirth beim Reichspräsidenten mit der Bitte vorstellig geworden ist, angesichts der jetzigen schwierigen innerpolitischen Lage die Reichspräsidentenwahl über den Oktober hinaus zu verschieben. Präsident Ebert hat darauf geantwortet, daß er eine solche Verschiebung nicht wünsche, da sein Gesundheitszustand eine schnelle Entscheidung bedinge.

Kohlenmangel.

Wie wir von maßgebender Seite hören, leiden alle Reichsbetriebe jetzt bereits unter starkem Kohlenmangel. Bei dem ungünstigen Stand unserer Valuta und unserer schlechten finanziellen Lage ist es der Regierung nicht möglich, für die Reichsbetriebe englische Kohlen zu kaufen. Die Krise droht noch schlimmer zu werden, da in den nächsten Tagen jedenfalls der bereits beschlossene Streik im Ruhr-Kohlengebiet ausbrechen wird.

Kämpfe in Irland.

Eine bedeutende Schlacht hat auf einer Front von 80 Kilometern südlich von Dublin begonnen. Die Regierungstruppen haben die Republikaner zurückgedrängt, die jetzt eine Hauptstellung in der Stadt Flissingstow eingenommen haben, wo de Valera persönlich kommandiert. In den nördlichen Grafschaften sind die Regierungstruppen auf der ganzen Linie siegreich geblieben.

Aus Laasphe und Umgegend.

—* Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 10.—17 Juli zum Preise von 1700 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 850 Mk. für ein Zehnmarkstück. Der Ankauf von Silbermünzen erfolgt zum 40fachen Betrage des Nennwertes.

—* Das Finanzami Siegen hält am 17. 7. 1922 von vormittags 7 Uhr an in Erndtebrück, (Hotel Wittgensteiner-Hof) einen Sprechtag zur Erörterung von Besitz- und Einkommensteuerangelegenheiten ab. Außerdem können Wünsche jederart vorgebracht werden. Desgleichen am 18. 7. 1922 in derselben Zeit in Feudingen (Gasthaus Heinrich).

—* Steuerabzug bei Akkordlohn. Bei Arbeitnehmern, die nach Akkord- oder Stücklohn entlohnt werden, wird die Lohnzahlung vielfach so gehandhabt, daß die Abrechnung über den Stücklohn und die Auszahlung des Stücklohnüberschusses erst nach der Fertigstellung der Stücklohnarbeit, spätestens aber 4 Wochen nach ihrem Beginn erfolgt. Daraus ergibt sich, daß die Höhe der Lohnzahlung in den einzelnen Lohnzahlungsperioden schwankt. Dabei kann der Fall eintreten, daß ein Arbeitnehmer mit einer größeren Anzahl minderjähriger Kinder bei der ersten Lohnzahlung (Auszahlung des gewährleisteten Grundlohnes) abzugsfrei bleibt, ohne daß die Summe der Steuerermäßigungen erschöpft ist. Bei der nächsten Wochenzahlung erhält dann derselbe Arbeitnehmer außer seinem gewöhnlichen Grundlohn einen Stücklohnüberschuß über die beiden letzten Wochen. Der Lohnbetrag erhöht sich dabei so weit, daß dem Arbeitnehmer nach Berücksichtigung sämtlicher Ermäßigungen noch ein Betrag als Lohnabzug einbehalten wird. Es entsteht nun die Frage, ob in diesen Fällen die Steuerermäßigungen nach § 46 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 in wöchentlicher Höhe bei den Abschlagszahlungen oder bei der endgültigen Abrechnung (2., 3 oder 4. Woche) zu berücksichtigen sind. — Zur Vermeidung von Härten hat der Reichsfinanzminister es durch Erlaß vom 29. 5. 22. III. E. 5652 für zulässig erklärt, nicht jede Abschlagssumme für sich dem Lohnabzug zu unterwerfen, sondern die Abschlagszahlungen im Hinblick auf den Steuerabzug als zu einer einheitlichen Lohnzahlungsperiode gehörig zu behandeln, so daß der Abzug erst bei der letzten Teilzahlung für sämtliche bisher bewirkten Teilzahlungen vorzunehmen ist, wobei der Arbeitgeber dafür haftet, daß die an sich bei den einzelnen Abschlagszahlungen einzubehaltenden Steuerabzugsbeträge bei der Schlußberechnung einbehalten werden. Der Arbeitgeber wird infolgedessen die Abschlagszahlungen nur in einer solchen Höhe bemessen dürfen, daß bei der Schlußberechnung der Steuerabzug gedeckt werden kann.

Beispiele:

a) Bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit fünf minderjährigen, kein eigenes Arbeitseinkommen beziehenden Kindern bei dreiwöchentlicher Lohnzahlung: In der ersten und zweiten Lohnwoche wird der tarifmäßige Grundlohn mit je 500 Mk. und in der dritten Lohnwoche, in der die Abrechnung erfolgt, ein Betrag von 900 Mk. ausgezahlt. Wird die Zeitspanne von drei Wochen (endgültige Abrechnung) als eine Lohnperiode betrachtet, so kommt bei 1900 Mk. Verdienst ein Steuerabzug von 190 = (3×56,40 = 169,20) = 20 Mk. in Frage.

b) Bei dem gleichen Arbeitnehmer würde sich bei vierwöchentlicher Lohnabrechnung z. B. folgende Berechnuug ergeben: In der ersten Woche erhält er 465 Mk., in der zweiten 470 Mk. und in der dritten Woche 430 Mk. tarifmäßigen Grundlohn ausgezahlt. In der vierten Woche erfolgt die Abrechnung über die Stücklohn-(Akkord-)Arbeit der letzten vier Wochen und es kommen 900 Mk. Verdienst zur Auszahlung. Werden diese vier Lohnwochen nur als eine Lohnperiode betrachtet, so ist bei einem Verdienst von (465 + 47 + 430 + 900) = 2265 Mk. kein Betrag einzubehalten, da die Ermäßigungen (4×56,50) = 225,60 Mk. betragen.

—* Die am 1. Juni ds. Js. vorgenommene Schweinezählung hatte im Kreise Wittgenstein folgendes Ergebnis: Berleburg 363, Laasphe 294, Alertshausen 88, Amtshausen 38, Arfeld 144, Aue 109, Balde 54, Banse 217, Beddelhausen 101, Bense 52, Berghausen 149, Bermershausen 28, Bernshausen 28, Birkefehl 68, Birkelbach 123, Diedenshausen 75, Dotzlar 88, Elsoff 276, Erndtebrück 388, Feudingen 261, Fischelbach 120, Girkhausen 214, Großenbach 16, Heiligenborn 4, Hemschlar 49, Herbertshausen 55, Hesselbach 82, Holzhausen 27, Kunst Wittgenstein 11, Langewiese 82, Mollseifen 22, Neuastenberg 100, Niederlaasphe 103, Oberndorf 90, Puderbach 59, Raumland 92, Richstein 116, Rinthe 40, Rückershausen 48, Rüppershausen 61, Sassenhausen 50, Saßmannshausen 10, Schameder 105, Schüllar 81, Schwarzenau 161, Steinbach 28, Stünzel 51, Volkholz 57, Weide 25, Weidenhausen 86, Wemlighausen 146, Wingeshausen 287, Womelsdorf 83, Wunderthausen 120, Zinse 30, Gutsbezirk Sayn-Wittgenstein Berleburg 23, Gutsbezirk Sayn-Wittgenstein-Hohenstein 40. Zusammen 5718 Schweine, die in 3192 Haushaltungen gehalten werden.

* **Laasphe**, 12. Juli. Infolge der sprunghaften Verteuerung aller zum Leben gehörigen Bedarfsartikel fühlen sich die Beamten und Angestellten aller Berufe auch wieder genötigt, eine Erhöhung ihrer Einkünfte zu beantragen, sodaß die Reichseisenbahn und die Reichspost ebenfalls eine Erhöhung der Fracht- und Portogebühren in Aussicht stellen. Es wird schon davon gesprochen, daß bereits im nächsten Monat eine weitere Erhöhung der Postgebühren in Kraft treten soll. Wenn es so weiter geht, dann werden wir bald russische Verhältnisse erreicht haben. Die Entwertung der Mark hat in letzter Zeit eine geradezu fieberhafte Gestalt angenommen. War man auch im Allgemeinen in Deutschland bei der trostlosen Lage unserer Finanzen und dem Druck der unsere Kraft übersteigenden Reparationszahlungen für die künftige Entwickelung unseres Markkurses recht trostlos gestimmt, so übertrifft doch die sprunghafte Abwärtsbewegung desselben noch unsere schlimmsten Erwartungen.

* **Laasphe**, 12. Juli. Wie aus dem Anzeigenteil unserer heutigen Nummer hervorgeht, feiert der hiesige Schützenverein am kommenden Samstag und Sonntag sein Schützenfest. Dieses allbeliebte Fest, an dem sich schon in früheren Jahren fast sämtliche Einwohner beteiligten, hatte auch im vergangenen Jahre wieder seine alte Anziehungskraft bewiesen. Wenn auch in der heutigen Zeit die Abhaltung so vieler Festlichkeiten von manchen nicht mit Unrecht verurteilt wird, so darf man auf der anderen Seite die Hoffnung haben, daß sie geeignet sind, die Menschen wieder mehr zu vereinen und zusammenzuführen. Dies ist dem hiesigen Schützenverein bisher stets gelungen und wird ihm auch hoffentlich diesmal gelingen. Dazu gehört aber das richtige Festwetter und eine festliche Ausschmückung der Stadt, wozu jeder nach seinen Kräften beitragen muß. Möchten alle Wünsche und Hoffnungen, die man an das Fest stellt, in Erfüllung gehen.

(:) **Banfe**, 12. Juli. (Holzdiebstähle.) Verschiedene Einwohner mußten, als sie das ihnen zugeteilte Brennholz abfahren wollten, die wenig erfreuliche Entdeckung machen, daß ihnen Unbefugte schon zuvorgekommen waren.

Erndtebrück, 11. Juli. Vor einigen Tagen wurde durch die Schelle bekannt gemacht, daß im hiesigen Bahnhofe engl. Kohlen, der Zentner zu 190 Mark zu haben seien. Ob nun, wie das bei Bekanntmachungen durch die Schelle fast immer der Fall ist, die wenigsten davon Kenntnis erhielten, oder ob dieser Preis abschreckend wirkte, es fanden sich fast gar keine Käufer ein, sodaß die kostbare Sendung dem Elektrizitätswerk überlassen wurde.

—* Die Finanzkasse Siegen bleibt am 13., 14. und 15. ds. Mts. wegen wichtiger Abschlußarbeiten für den Publikumverkehr geschlossen.

Vermischte Nachrichten.

— **Köln**, 10. Juli. Folgende Notiz geht durch die Presse: Ein Mann ging auf der Breiten Straße dicht an einem jungen Mädchen, einer Verkäuferin eines hiesigen Geschäfts, vorbei und streifte ihr Gesicht dabei mit einem Taschentuch. Sofort hatte das Mädchen ein schwindelartiges Gefühl und hörte nur noch wie im Traum die Worte: „Sie sind wohl ohnmächtig? Ich werde Sie begleiten." Nach längerer Zeit war sie erst wieder bei klarem Bewußtsein; sie sah sich an der Seite des Menschen in der Trankgasse, gerade wie dieser nach einem Auto rief. Nun lief sie eilig davon und stand, zu Hause angekommen, noch stundenlang unter dem lähmenden Eindruck der Betäubung und Angst!

Darmstadt, 10. Juli. (Der Darmstädter Krawall.) Nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft sind wegen der Vorgänge im Anschluß an die Straßendemonstration zugunsten der Republik am 27. Juni unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Landfriedensbruch (Gewalttätigkeiten und Diebstahl) insgesamt 35 Personen in Haft genommen, davon sechs aber wieder entlassen worden. Die Mehrzahl der verhafteten Rädelsführer stammt aus der Umgebung von Darmstadt. — Der Leiter des Darmstädter Polizeiamts Regierungsrat Lautenschläger ist auf unbestimmte Zeit krankheitshalber beurlaubt worden; seine Dienstgeschäfte übernimmt Regierungsrat Usinger.

Koblenz, 10. Juli. (Die Amerikaner.) Nach Angabe des amerikanischen Hauptquartiers beträgt die jetzige Gesamtstärke der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland 3238 Offiziere und Mannschaften.

Einst und jetzt.

Wir können es uns noch immer nicht abgewöhnen die Zeit vor dem Kriege mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu vergleichen. Das liegt aber wohl namentlich daran, daß wir uns noch immer derselben Bezeichnung für ganz verschiedene Dinge bedienen. Wir sprechen von „einer Mark", die eine Papiermark ist und vergleichen sie mit der Mark vor dem Kriege, die eine Goldmark war, und unter ganz anderen Verhältnissen erzeugt wurde. Beachtet man die wirtschaftlichen Veränderungen nicht, so gelangt man zu sehr merkwürdigen Vergleichen von „Einst" und „Jetzt". So hat z. B. ein Wiener festgestellt, daß er „für denselben Betrag", für welchen er im Jahre 1914 zwei Flaschen Bordeaux erhielt, jetzt nur ein Brötchen kaufen kann. Der Betrag, den er heute für das Futter seiner Kanarienvogels bezahlt (7 Kronen), reichte früher für ein feines Nachtessen aus. Früher zahlte er für eine Fahrt von Wien nach Salzburg 10 Kronen, heut kann er für den gleichen Betrag — einmal Karussell fahren. 36 Kronen zahlte er im Jahre 1914 für zwei Paar Schuhe, heut erhält er nur ein Paar Schuhbandel dafür. Für 40 Kronen kaufte er sich 1914 einen Schreibtisch, heut reicht derselbe Betrag aus, um sich einen Bleistift zu kaufen. Im Jahre 1914 hatte er bei einer Schönen einen Besuch zu machen und kaufte sich für diesen Zweck einen neuen Anzug; er kleidete sich um, ging dann zu seinem Friseur und ließ sich rasieren und die Haare schneiden. Das alles kostete insgesamt etwa 70 Kronen. Heut zahlt er auch 70 Kronen, aber nur für Rasieren und Haare-Schneiden. Derselbe Betrag, den er heute aufwenden muß, um sich eine Krawatte zu kaufen (1000 Kronen) reichte früher für die Anschaffung einer Speisezimmer-Einrichtung aus. Und ein gefütterter Regenmantel kostet heut so viel wie ein ganzes Haus im Jahre 1914, nämlich 28 000 Kronen.

Man könnte diese Beispiele ins Reichsdeutsche übersetzen und viele andere Vergleiche hinzufügen; aber es ist leicht einzusehen, daß dies im Grunde nur eine Spielerei ist. Mit demselben Rechte könnte man österreichische Kronen mit schwedischen in Vergleich stellen — dann würde man zu noch drolligeren Ergebnissen gelangen. Eine österreichische und eine schwedische Krone! „Auf den Unterschied möchte ich Klavier spielen," sagt der Berliner. Es ist eben nur die Uebereinstimmung eines Ausdrucks und weiter nichts. Wir müssen uns solche Vergleiche abgewöhnen. Wer würde von einem Schuster, der zufällig Schiller heißt oder ein Abkömmling unseres berühmten Dichters ist, verlangen, daß er einen „Wilhelm Tell" oder einen „Wallenstein" dichte? Nun, unsere Papiermark ist auch nur eine entfernte Verwandte von der lieben alten Goldmark, die im Jahre 1914 das Zeitliche segnete und für die vielen Tausenden von Leidtragenden viel zu früh verblichen ist. Aber nun haben wir ihr lange genug nachgetrauert. Friede ihrer Asche.

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Bermershausen ist erloschen. Die Schutzmaßregeln werden aufgehoben.

Banfe, den 11. Juli 1922.

Der k. Amtmann. Dr. Schulenburg.

Siegen, den 27. Juni 1922.

Abschrift.

In der Strafsache
gegen
den Arbeiter Heinrich Honig aus Laasphe
wurde folgender Vergleich geschlossen:

1. Der Angeklagte nimmt die in der Wittgensteiner Zeitung vom 18. Februar 192[illegible] und die in der Generalversammlung der Laasphe Feuerwehr am 28. Januar bei Kohlstaedt in Laasphe gebrauchte Aeußerung: „Der Bürgermeister Berensmann sei ein Lügner" unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

2. Der Angeklagte zahlt zu Händen des Bürgermeisters Berensmann als Sühne einen Betrag von 500 Mark, der zur Errichtung einer Kriegerehrung in Laasphe Verwendung finden soll.

3. Vorstehender Vergleich kann von dem Bürgermeister Berensmann je einmal auf Kosten des Angeklagten in der Wittgensteiner und der Siegener Volkszeitung binnen Monatsfrist veröffentlicht werden.

4. Der Angeklagte übernimmt sämtliche Kosten einschließlich des vereinbarten Sonderhonorars des Vertreters des Nebenklägers Bürgermeisters Berensmann.

5. Der Nebenkläger nimmt die vorstehenden Erklärungen des Angeklagten an und nimmt den Strafantrag zurück.

6 Die Wirksamkeit des Vergleichs wird davon abhängig gemacht, daß der Landrat den gestellten Strafantrag ebenfalls zurücknimmt.

gez. Schwarz als Vorsitzender. gez. Moog, Justizsekretär als Gerichtsschreiber der Strafkammer.

Vorstehende Ausfertigung wird dem Nebenkläger zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.

Ausgefertigt
Siegen, den 3. Juli 1922.
(Stempel) gez. Unterschrift.

Die Richtigkeit der Abschrift beglaubigt:
Dr. Seiter,
Rechtsanwalt.

Ländliche Gastwirtschaft

mit etwas Land zu kaufen oder auf 8 Jahre zu mieten gesucht.

Angebote unter „Wirtschaft" an die Geschäftsst. der Erndtebrücker Zeitung erbeten.

Theis & Komp., Wolzhausen
Kreis Biedenkopf.
:—: Telephon Nr. 17, Amt Breidenbach. :—:

An- u. Verkauf sämtl. Maschinen für Industrie und Landwirtschaft,
neu und gebraucht
wie Elektromotoren, Lokomobilen, Sauggasanlagen, Benzolmotore, sämtliche Holzbearbeitungsmaschinen, Dresch- u. Reinigungsmaschinen, Zentrifugen, Häckselmaschinen, Rübenschneider, Pflüge, Eggen, Kartoffelquetschen, Mäh- und Saatmaschinen, Kultivatoren, Pumpen, Heuwender, Mühlen für Hand- und Kraftbetrieb usw.
Einrichtung kompl. Kraftanlagen.

Drei Paar zugkräftige, gesunde
Fahrochsen
Wittgensteiner Rasse
zu kaufen gesucht.
Wicküler-Küpper-Brauerei A.-G., Elberfeld.

Dollarkurs am 11. 7.: 487.

Laaspher Schützenverein.

Unser diesjähriges

Schützenfest

soll am

Sonnabend den 15. und Sonntag den 16. Juli 1922

in herkömmlicher Weise gefeiert werden.

Nach dem Zapfenstreich (Freitag abend) findet im Saale des Herrn Fuchs **Streichkonzert** mit ausgewähltem Programm statt, ausgeführt von der Weifenbacher Kapelle, unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeister Blöcher. Ausführliche Programme sind zum Preise von Mk. 1.— an der Kasse zu haben.

Eintrittspreise:

Für das am 14. Juli abends 9 Uhr im Gasthof Fuchs stattfindende Konzert bezahlen Damen der Mitglieder Mk. 5.—, Nichtmitglieder und deren Damen je Mk. 10.—.

Zum Vogelschießen am 15. Juli gelten dieselben Preise.

An jedem Festnachmittag bezahlen Damen der Mitglieder Mk. 3.—, Damen der Nichtmitglieder Mk. 10.— Nichtmitglieder Mk. 20.— Eingeführte Schüler und Lehrlinge bezahlen für jede Veranstaltung Mk. 5.—

Dauerkarten: Für Damen der Mitglieder Mk. 12.—, für Damen der Nichtmitglieder Mk. 30.—, für Nichtmitglieder Mk. 40.— Die Dauerkarten berechtigen zum Eintritt zu allen Veranstaltungen, sie sind in den hiesigen Buchhandlungen und bei dem Herrn Rendanten Schäfer, sowie am Freitag abend an der Kasse zu haben.

Die Preise verstehen sich ausschließlich Lustbarkeitssteuer.

Zu sämtlichen Veranstaltungen haben Mitglieder freien Eintritt.

Diejenigen jungen Leute, welche in diesem Jahre 20 Jahre alt werden und genanntem Verein als Mitglieder beitreten wollen, werden ersucht, sich bis zum 13. ds. Mts. bei dem Hauptmann zu melden, andernfalls sie als Nichtmitglieder betrachtet werden.

Der Beitrag der Mitglieder beträgt Mk. 25.— Eintrittsgeld für neue Mitglieder Mk. 10.—

Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß das Antreten des Vereins und Aufschreiben der Zugteilnehmer Freitag abend 8 Uhr vor der Wohnung des Hauptmanns und zu dem Vogelschießen Samstag Morgen 6 Uhr auf dem Sammelplatz (Restauration zum Schloßberg) erfolgt. Diejenigen Mitglieder, welche sich an dem Festzug (Samstag morgen) nicht beteiligen, verlieren ihr Schußrecht. Ein Schußrecht auf einen der vier gestifteten Preise haben nur diejenigen Mitglieder, welche sich an dem am 14. ds. Mts. und an dem am 15. ds. Mts. stattfindenden Festzuge vom Anfang bis Schluß beteiligen.

Ein jedes Mitglied hat nur das Recht, sich einen Preis zu erringen.

Eine Ausnahme hiervon macht nur der Schuß auf den letzten Rest des Vogels (Königsschuß).

Vereinsabzeichen sind sichtbar zu tragen und sowohl an der Kasse wie beim Vereinsboten zu haben.

Die Eltern werden ersucht, ihre Kinder während des Schießens vom Festplatz fern zu halten.

Das Feilhalten von Obst, Backwaren usw. auch außerhalb des Platzes ist nicht gestattet.

Um festliche Ausschmückung der Stadt durch Beflaggung wird die geehrte Bürgerschaft freundlichst gebeten.

Der Vorstand.

Laaspher Schützenverein.

Aus Anlaß des hohen Feiertages am Samstag den 15. ds. Mts. empfehlen wir auf Wunsch der in Betracht kommenden Geschäfte, die für Samstag benötigten Lebensmittel schon am Freitag den 14. ds. Mts. einzukaufen.

Der Vorstand.

Billige Kohlen!

Gesiebte Braunkohlen sind wieder eingetroffen u. nehme ich Bestellungen hierauf entgegen.

Heinrich Strohmann, Laasphe.

Drahtstifte

waggonweise und auch in kleineren Posten liefern prompt

Vetter, Fischbach & Co., Drahtstiftwerk,
Siegen i. W. Telephon 1346 u. 1569.

Von der Reise zurück

Dr. Flosdorf, Siegen

Spezialarzt für Chirurgie und Frauenleiden.

Sprechstunden von 2—3 Uhr nachmittags.

Telegramm!

Im Auftrage eines Selbstverbrauchers zahle die höchsten Preise für alle Sorten Felle, auch Schaffelle mit und ohne Wolle. Besonders hohe Preise für Sommer-Rehfelle.

Tausche Fensterleder gegen Felle.

Heinr. Schmidt,
Erndtebrück,
Haus Nr. 229.

Photografische Anstalt Ernst Eschemann in Laasphe ist jeden Sonntag von 2—4½ Uhr nachm. geöffnet.

S. G. V.

Abteilung Erndtebrück.

Sonntag den 16. d. Mts.

Halbtagswanderung

über Benfe, Siegquelle, Großenbach, Feudingen.

Treffpunkt 1 Uhr beim Vereinslokal.

Der Wanderrat.

Ausgekämmtes Frauenhaar
kaufe, da großer Bedarf, zu höchsten Preisen.
Gleichzeitig Anfertigung sämtlicher Haararbeiten.

Reparaturen an Haarschmuck schnell u. billig.
Annahmestelle v. Rasiermessern zum Schleifen u. Abziehen.

Sämtliche Toilette-artikel empfiehlt

Friseurgeschäft
August Wehn,
Laasphe, Königstr. 34

Morgen Donnerstag trifft

Ia. Schellfisch

und

Kablian

ein.

Rud. Lack,
Laasphe, Königstr. 17.

Weiche mit **Henko** die Wäsche ein!

Henko
Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.
Henkel & Cie.
Düsseldorf

Eintragung im Handelsregister B bei der Firma **C. C. Bang, Faßfabrik, G. m. b. H. in Friedrichshütte** bei Laasphe:

Dem Buchhalter August Schmidt in Laasphe ist Prokura erteilt.

Amtsgericht Laasphe,
den 6. Juli 1922.

Bekanntmachung

Mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 23. Juni 1922 wird auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 6. Juli 1922 die Höchstgrenze für Mietszinssteigerungen in der Stadt Laasphe auf 100 % für Wohnräume und 120 % für gewerbliche Räume festgesetzt.

Dabei wird zur Bedingung gemacht, daß sämtliche jetzige Abgaben und die laufenden Reparaturen mit dieser Höchstgrenze abgegolten sind.

Laasphe, den 11. Juli 1922.

Der Magistrat. Berensmann.



Standard-Separator

beste Milchzentrifuge

deutsches Fabrikat.

Schneckenrad, Lager, Trommel aus Bronze, — Milchgefäß aus Messing, Ia. vernickelt. — 5 Jahre schriftliche Garantie. Billige Preise. Besichtigung ohne Kaufzwang.

Außerdem bewährte Fabrikate wie Alfa und Westfalia, sowie Oele und sämtliche Ersatzteile für Alfa empfiehlt

Gustav Benfer, Oberndorf
Kreis Wittgenstein.

Zum Auffahren von Querschlägen auf Grube Ameise b. Siegen im Generalgedinge werden tüchtige, selbständige

Hauer

eingestellt.

Unterkunft in der Menage der Grube.

Meldungen in Eiserfeld: Bogenstr. 18, Freiengründerstr. 80, Treburgstr. 4.

Feldbahnmaterial

wie Gleise, Weichen, Drehscheiben, Muldenkipper usw. liefert aus Vorrat oder kurzfristig

Friedrich Höll, Neunkirchen, Bez. Arnsberg.
Fernruf 81.

Sparkasse des Kreises Wittgenstein zu Berleburg.

Reichsbankgirokonto :-: Landesbankkonto
Postscheckkonto Cöln Nr. 18177 :-: Fernsprecher Nr. 3.

Annahme von Spareinlagen mit täglicher Verzinsung zu 3¾ und 4%.

Anlage für Mündelgeld.

Geldüberweisungen.

Kreditgewährung auf Hypotheken, gegen Unterpfand, auf Schuldschein, mit und ohne Bürgschaft, in laufender Rechnung.

Einlösung von Schecks anderer Sparkassen und Banken.

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs haben wir den Depositen- und Kontokorrentverkehr in Verbindung mit Scheckverkehr eingeführt, den wir hiermit dem Publikum zur regen Beteiligung empfehlen.

Auskunft über alle Geldangelegenheiten wird bereitwilligst erteilt.